

Bewegungsfreiheit für Flüchtlinge – Aufhebung der Residenzpflicht in RLP

Asylsuchende, sowie geduldete und ausreisepflichtige Menschen unterliegen in Deutschland der Residenzpflicht: sie dürfen sich nur in einer bestimmten, ihnen zugewiesenen Zone aufhalten. Um diese verlassen zu dürfen, brauchen sie die Erlaubnis der zuständigen Ausländerbehörde. In Rheinland-Pfalz sind dies je nach Status die ehemaligen Regierungsbezirke oder auch nur der jeweilige Landkreis. **Flüchtlingen wird in Rheinland-Pfalz ein wichtiges Grundrecht verwehrt: die Bewegungsfreiheit.**

DIE LINKE. Rheinland-Pfalz sieht in der Residenzpflicht eine Verletzung der Freiheits- und Menschenrechte. Flüchtlinge werden ungleich und menschenunwürdig behandelt. Vor allem in ländlichen Regionen werden diese Menschen durch dieses Instrument in die Isolation getrieben. Wer sich außerhalb der eigenen Residenzzone aufhält, muss mit Geld- und Haftstrafen rechnen.

Die Kampagne zur Abschaffung gegen die Residenzpflicht weist daraufhin, dass dieses Gesetz zutiefst rassistisch ist, da es nur von AusländerInnen verletzt werden kann und so jeden Gleichheitsgedanken verneint.

Ein hoher Anteil der „Ausländerkriminalität“ wird somit durch die Residenzpflicht produziert. So geht ca. ein Viertel aller ausländerrechtlichen Delikte auf Verstöße gegen die Residenzpflicht zurück.

Die Residenzpflicht ist in dieser Form einmalig in Europa. Nur Slowenien und Österreich verfügen über ähnliche Instrumente, aber kein Land sieht eine Einschränkung der Bewegungsfreiheit für die gesamte Dauer des Asylverfahrens und darüber hinaus vor. Ein derartige Politik setzt auf Ausgrenzung und Repression.

DIE LINKE. Rheinland-Pfalz fordert deshalb :

- Die Residenzpflicht in Rheinland-Pfalz für AsylbewerberInnen und Geduldete ab sofort abzuschaffen
- Eine Bundesratsinitiative zur Aufhebung der räumlichen Beschränkungen, denen AsylbewerberInnen und geduldete AusländerInnen unterliegen, einzubringen.

DIE LINKE. Rheinland-Pfalz fordert :

- **gleiche soziale, politische und wirtschaftliche Grundrechte für alle Menschen, die hier leben**